A 004 Gewerkschaften IG BCE / IG Metall

Beschluss des DGB-Bundeskongresses
Angenommen in geänderter Fassung
Erledigt Teile des Antrags A 006

Für eine aktive und nachhaltige Industriepolitik

Der DGB-Bundeskongress möge beschließen:

Die Zukunft der deutschen Industrie sichern
Das Zusammenwirken von Industrie und Dienstleistungen ist von großer Bedeutung für eine nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung in unserem Land. Der industrielle Sektor bildet in Deutschland bis heute das Fundament für Wachstum, Wohlstand und Arbeitsplätze. Die Leistungsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft ist dabei durch einen engen Verbund von industrieller Produktion und industrienahen Dienstleistungen geprägt. Die heutige Industrie besteht aus einer hochkomplexen Fertigung mit einem hohen Anteil anspruchsvoller Tätigkeiten und einem hohen Anteil von Wissenschaft und Forschung Deutsche Industrieunternehmen sind in vielen Bereichen Weltmarktführer oder ein zentrales Glied in der Wertschöpfungskette für viele Endprodukte. Diese zentrale Rolle können die Unternehmen nur mit ihren hoch motivierten und gut qualifizierten Beschäftigten einnehmen.

Wichtige Branchen der deutschen Industrie sind durch die Weltwirtschaftkrise stark getroffen worden. Gleichzeitig legt die Krise in einzelnen industriellen Bereichen erhebliche Strukturprobleme offen. Im Zuge der weiteren Entwicklung können daraus Verwerfungen für Produktion, Beschäftigung und sozialen Frieden entstehen.

Bereits vor der Weltwirtschaftskrise stand die deutsche Industrie vor grundlegenden gesellschaftspolitischen Herausforderungen. Im Zusammenhang mit dem technologischen Wandel, der zunehmenden wissensbasierten Industrie, dem Klimawandel, der Rohstoffverknappung und der demografischen Entwicklung werden Fragen nach zukünftigen Produkten, Arbeitsprozessen, Märkten und Kunden neu gestellt. Bisher hat die deutsche Industrie die enormen Chancen des industriellen Strukturwandels für sich nutzen können. Die Zuversicht ist deshalb berechtigt, dass die Industrie auch künftig von dem industriellen Strukturwandel profitieren wird und ein wichtiger Problemlöser bleibt.

Notwendig: Aktive und nachhaltige Industriepolitik
Für die Zukunftssicherung von Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand brauchen wir starke, qualitativ hochwertige Industrien und Dienstleistungen. Der DGB fordert deshalb von Europäischer Union, Bundesregierung und Bundesländern eine aktive und nachhaltige Industriepolitik ein, die:

- aktuell die deutsche Industrie durch die Krise hindurchführt;
- gesellschaftspolitisch relevante Zukunftsfelder für Wachstum und Beschäftigung entwickelt;
- die technologische-Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der industriellen Branchen stärkt;
- die Industriebeschäftigung qualitativ und quantitativ sichert und ausbaut;
- den Industriesektor für den internationalen Wettbewerb fortentwickelt.

Der Markt kann allein-weder die Krise überwinden noch eine an sozialen und ökologischen Kriterien ausgerichtete Neuaufstellung der Wirtschaft in Gang setzen. Die Industriepolitik hat deshalb die Aufgabe, den strukturellen Wandel hin zu umweltverträglichen Produkten und Produktionsverfahren sozial und ohne beschäftigungspolitische Verwerfungen zu gestalten. Die Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt muss gesichert werden. Mittel- und langfristig müssen industriepolitische Kompetenzen aufgebaut werden, die ökonomische Notwendigkeiten mit be-

schäftigungspolitischen und ökologischen Aspekten verbinden.

Aus beschäftigungspolitischer Sicht muss eine aktive Industriepolitik:

- ökonomische, ökologische und soziale Fehlentwicklungen verhindern oder korrigieren;
- die berufliche Qualifikation und soziale Kompetenz der Beschäftigen erhöhen;
- die Grundlage für die soziale und gesellschaftliche Akzeptanz von Umstrukturierungen liefern;
- die erforderliche Zeit für beschäftigungspolitische, regionale und betriebliche Anpassungen einräumen;
- dauerhafte Beschäftigungs- und Einkommensperspektiven über gesicherte Übergänge in neue Beschäftigung, lebenslanges Lernen und eine regional ausgewogene Entwicklung gewährleisten;
- gesellschaftlich notwendige Umstrukturierungen über Innovationen forcieren;
- den globalen Verdrängungswettbewerb durch einen internationalen Gestaltungswettbewerb um nachhaltige industrielle Problemlösungen ersetzen.

Bestandteile einer aktiven und nachhaltigen Industriepolitik sind aus Sicht des DGB:

Einrichtung eines Public Equity Fonds
Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise führen viele Unternehmen direkt in die Liquiditätskrise. Kann die Frage der Zahlungsfähigkeit kurz- und mittelfristig nicht geklärt werden, steuern viele Unternehmen in die Insolvenz. Beschäftigung in den Betrieben zu sichern ist somit gleichbedeutend mit der Sicherung der Liquidität. Kein betriebswirtschaftlich sinnvoller Auftrag und keine Zukunftsinvestition dürfen an der fehlenden Finanzierung scheitern. Zwar setzt die Bundesregierung mit dem Wirtschaftsfonds Deutschland folgerichtig an der Kreditklemme an, aber dieses Geld kommt nicht bei den Betrieben an. Hier müssen die Rahmenbedingungen überprüft und geändert werden. Um dem Fortbestand der Unternehmen zu sichern, fordert der DGB darüber hinaus die Einrichtung eines Public Equity Fonds.
Gleichzeitig kann Belegschaftskapital eine Lösung in Krisenfällen sein. Der Gesetzgeber wird aufgefordert, die lohnsteuerlichen Grundlagen dafür zu schaffen

Finanzhilfen nach Beschäftigung und Kriterien „Guter Arbeit" ausrichten
Eine aktive und nachhaltige Industriepolitik ist kein Nebenprodukt von Deregulierung. Wir brauchen eine Industriepolitik, die sich zuallererst an den Interessen und Bedürfnissen der Beschäftigten orientiert. Deshalb dürfen öffentliche Mittel nur an Unternehmen fließen, die ein tragfähiges Zukunftskonzept vorlegen, wie sie die Krise produktiv bewältigen wollen, und die nachvollziehbar machen, wie sie Beschäftigung in der Krise sichern wollen. Solche Unternehmen werden dann in der Lage sein, die Hilfen zurückzuzahlen und zukünftig ohne Subventionen zu wirtschaften. „Gute Arbeit" ist bei der Vergabe staatlicher Hilfen ein entscheidendes Kriterium: Ein Unternehmen soll nur dann staatliche Hilfen erhalten, wenn es auf betriebsbedingte Kündigungen verzichtet, Einkommen zahlt, die Existenz sichernd sind, Gesundheitsstandards und Tarifverträge einhält, Dauerarbeitsplätze sichert und Auszubildende übernimmt.

Strukturwandel politisch gestalten – gewerkschaftliche Beteiligungsrechte sichern
Darüber hinaus fordert der DGB industriepolitische Beteiligungsrechte. Die Bundesregierung wird aufgefordert, auf Dauer angelegte institutionelle Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine nachhaltige Entwicklung der Wirtschaft fördern und Unternehmen zu sozialverantwortlichem Handeln verpflichten. Hierbei kann an Forderungen angeknüpft werden, die die IGBCE mit der Schaffung eines „Rats für verantwortliches Handeln in der Sozialen Marktwirtschaft " und die
IG Metall mit dem Branchenrat „Zukunft der Mobilität" und der Schiffbauinitiative „Leadership Deutschland" verfolgen.

Die Bewältigung des industriellen Strukturwandels erfordert die Einbindung der Gewerkschaften. Der DGB fordert Europäische Union, Bundesregierung und Bundesländer auf, Gewerkschaften und Betriebsräte an den industriepolitischen Entscheidungsgremien auf allen regionalen Ebenen zu beteiligen. Gewerkschaften und Betriebsräte geben nicht nur in Krisenzeiten wichtige Impulse für die erfolgreiche Gestaltung des strukturellen Wandels. Die gesellschaftliche Gestaltung der industriellen Entwicklung bedarf einer effektiven Kontrolle wirtschaftlicher Entscheidungen und der Sicherung bzw. Etablierung von demokratischen gesellschaftlichen Beteiligungsstrukturen. Damit strategisch und offensiv vor und in krisenhaften Situationen gehandelt werden kann, sind die Mitbestimmungsrechte in den Betrieben und Unternehmen sicherzustellen und auszubauen. In von Krisen und dem Strukturwandel besonders betroffenen Branchen sind verbindliche Branchendialoge mit Gewerkschaften, Wirtschaft und Politik einzurichten.

Innovationspfad sichern - Wissensbasierte Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft entwickeln

Der DGB fordert die Europäische Union, Bundesregierung und Bundesländer auf, den Einsatz neuer Technologien in bestehenden Branchen zu forcieren und die Träger von Innovationen in den Betrieben – die Beschäftigten – zu fördern. Die Entstehung neuer industrieller Wertschöpfungsketten soll durch eine aktive Clusterpolitik initiiert und etabliert werden. Die deutsche Industrie darf sich nicht auf den bisherigen Erfolgen ausruhen. Derzeit gibt es eine sich verengende Spezialisierung auf die Autoindustrie, den Maschinenbau und den Chemiebereich. Bis auf den Bereich der Umwelttechnologien droht Deutschland in strategisch zentralen neuen Branchen wie der Informations-, der Nano- und der Biotechnologie den Anschluss an die Weltspitze zu verlieren. Der wissenschaftliche und technologische Fortschritt treibt die Veränderungsprozesse in den Unternehmen voran und führt zu neuen Produktionsverfahren und Produkten. Aber eine Reduzierung von Innovationen auf reine technologische Aspekte greift zu kurz, weil auf der Ebene der Betriebe und Unternehmen die Potenziale der Mitarbeiter/innen damit nicht hinreichend berücksichtig werden. Ihre Einbeziehung bei der kontinuierlichen Verbesserung der Produkte wie der Arbeitsprozesse ist essentiell. Entscheidend für den DGB ist ein verantwortungsvoller Diskurs über die Chancen und Risiken neuer Technologien. Andere Staaten holen auf. Forschung, Entwicklung und durch sie angeregte Innovationen sind von zentraler Bedeutung, um Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung und gesellschaftlichen Wohlstand in Deutschland zu sichern. Investitionen in Forschung, Entwicklung und Innovation sind somit unverzichtbare Ansatzpunkte, um die wirtschaftliche Krise zu überwinden und zu neuem Wachstum zu kommen. Bundesländer, Bundesregierung und Europäische Kommission müssen deshalb verstärkt öffentliche Finanzmittel in diese Bereiche investieren.

Leitmärkte definieren, Entwicklungsszenarien erarbeiten

Eine demokratische, auf soziale und ökologische Nachhaltigkeit setzende Industriepolitik muss klare Vorstellungen über gesellschaftlich relevante industrielle Zukunftsfelder haben. Der DGB fordert von EU, Bundes- und Landesregierungen ein ordnungspolitisches Konzept ein, das zum einen die Entwicklung von Leitmärkten und die Erarbeitung industrieller Entwicklungsszenarien (zum Beispiel „Mobilitätskonzept der Zukunft", ökologischer Umbau, Intelligente Infrastruktur) sowie einen Fahrplan zu deren „Umsetzung" beinhaltet. Zum anderen müssen industriepolitische Aktivitäten entwickelt werden, die bestehende Branchen, regionale Märkte und die Industriedichte fördern. Der absehbare Fachkräftemangel kann zu einem gravierenden Entwicklungshemmnis werden. Qualifiziertes Fachpersonal und Forschungskräfte sind immer schwieriger am Arbeitsmarkt zu bekommen. Zudem werden Belegschaften immer älter. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis diese Hemmnisse zu dramatischen Einbrüchen in den Betrieben führen werden. Herausragende Anstrengungen von Unternehmen, dieser drohenden Tendenzen zu begegnen, sind nicht zu erkennen. Dort, wo der Strukturwandel Arbeitsplätze gefährdet, brauchen wir belastbare Szenarien, die Alternativen für die Beschäftigten aufzeigen. Diese Konzepte sind gemeinsam mit Gewerkschaften und Unternehmen zu erarbeiten.

Dabei könnte an den Erfahrungen der Strukturberichterstattung angeknüpft werden. Noch weit bis in die 1990er Jahre hinein hatten sich Wissenschaft und Politik mit den unterschiedlichen Facetten des Strukturwandels auseinandergesetzt. Die Strukturberichterstattung hatte viele Impulse zur Bewältigung des strukturellen Wandels geliefert.

Das Konzept einer Strukturberichterstattung muss wieder aufgenommen und weiterentwickelt werden.

Institutionellen Rahmen schaffen

Wirtschafts- und industriepolitische Kompetenzen sind in den vergangenen Jahrzehnten zunehmend auf die europäische Ebene verlagert worden. Mit der Lissabon-Strategie setzte die Europäische Kommission bislang den falschen industriepolitischen Rahmen, indem sie die industriepolitischen Instrumente zu einseitig auf den Faktor „Wettbewerb " (Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, Standortwettbewerb) ausrichtete. Die meisten EU-Staaten verfehlten beide Lissabon-Ziele (drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung bereitzustellen, Anteil der Beschäftigten an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter auf 70 % zu erhöhen). Der DGB fordert die Europäische Union und die Bundesregierung auf, bei der Revision der Lissabon-Strategie im Jahre 2010 die einseitige Zielrichtung aufzugeben und stattdessen eine Strategie für nachhaltiges Wachstum und zukunftsfähige Arbeitsplätze einzuleiten.